



Presseschau vom 16.08.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Lukaschenko: Russische Hilfe für Weißrussland vereinbart**

Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko hat nach eigenen Angaben bei dem heutigen Telefongespräch mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin Hilfe für den Bedarfsfall vereinbart.

Das erklärte er bei einem Treffen im weißrussischen Verteidigungsministerium, berichtet die staatliche Agentur Belta. Gleichzeitig verwies Lukaschenko auf die Abkommen zwischen den beiden Ländern innerhalb der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS). „Wenn es um die militärische Komponente geht, haben wir im Rahmen des Unionsstaats und der OVKS eine Vereinbarung mit der Russischen Föderation. Das sind die Momente, die zu dieser Vereinbarung passen. Daher hatte ich heute ein langes, detailliertes Gespräch mit dem russischen Präsidenten über die Situation (...)“, so Lukaschenko.

Er habe sich mit Putin auf das Folgende verständigt:

„Auf unsere erste Bitte wird umfassende Hilfe geleistet, um die Sicherheit der Republik Belarus zu gewährleisten.“

Das Gespräch fand am Samstag auf Initiative von Minsk statt. Lukaschenko informierte Putin über die aktuelle Situation im Land nach der Präsidentschaftswahl. Die beiden brachten ihre Zuversicht zum Ausdruck, dass die Probleme bald gelöst würden, teilte der Kreml mit.

Die angespannte Lage sollte nicht von „destruktiven Kräften“ ausgenutzt werden, hieß es. ...

armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am

15. August 2014

Der Gegner nutzt den geltenden Waffenstillstand und das Verbot zur Eröffnung des Feuers aktiv zur Verbesserung seiner Positionen sowie zur Aufklärung unter Nutzung von Drohnen. Die Untätigkeit von Seiten des ukrainischen Kommandos führt dazu, dass die Zahl der Fälle von Einsatz von Drohnen ständig zunimmt, was eine grobe Verletzung eines Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands ist, nämlich des Verbots zum Einsatz jeder Art von Fluggeräten.

Heute haben unsere Beobachter den Flug einer Drohne von Typ „Mavic Pro“ aus Richtung Tschermalyk festgestellt, mit deren Hilfe Kämpfer des 1. Bataillons der 53. Brigade die Tarnung ihrer Positionen kontrolliert haben, aber aufgrund der fehlenden Abstimmung der Aktivitäten wurde die Drohne von einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung blockiert und stürzte in der Nähe unserer Positionen ab.

Die Verteidiger Republik sind auf diese Provokation nicht eingegangen, sie haben das Feuer nicht eröffnet, den Gegner beobachtet und dabei streng das Regime der Feuereinstellung eingehalten.

Nach uns vorliegenden Informationen wurde die genannte Drohne für eine Drohne der OSZE-Mission gehalten und von einer Mannschaft einer Station „Bukowel AD“ blockiert, die verhindern sollte, dass die OSZE die Stationierung von ukrainischen Militärtechnik und die Ausrüstung der Positionen der Brigade entdeckt.

Derzeit untersuchen unsere Spezialisten die Information von der Speicherkarte der Drohne. Im Rahmen des Koordinationsmechanismus wurde die ukrainische Seite rechtzeitig über diesen Fall in Kenntnis gesetzt. Wir erinnern daran, dass die ukrainische Seite entsprechend der Liste der Zusatzmaßnahmen zur Herstellung und Aufrechterhaltung eines Regimes der Feuereinstellung in diesen Fall verpflichtet ist, Disziplinarmaßnahmen gegen den Kommandeur der 53. mechanisierten Brigade Oberst D.A. Titenko zu ergreifen, der die Anweisungen zum Einsatz der Drohne gab und danach darüber den Koordinator der Kontaktgruppe zu informieren.

de.sputniknews.com: US-Vorschlag zum Iran-Embargo abgelehnt: Israel kritisiert Entscheidung des UN-Sicherheitsrats

Israels Außenminister kritisiert das Nein des UN-Sicherheitsrats zum US-Vorschlag, das Waffenembargo gegen den Iran zu verlängern. Dies werde zweifellos zu einer Verschlechterung der Lage im Nahen Osten führen, sagte Gabi Aschkenasi am Samstag nach Angaben seines Büros.

Der UN-Sicherheitsrat sei „für den genauen Zweck eingerichtet worden, Regimes wie das der iranischen Ajatollahs daran zu hindern, ihre militärischen Möglichkeiten massiv auszubauen“, sagte Aschkenasi den Angaben zufolge. Der Iran werde dies dazu nutzen, „in der Region militärisch und ideologisch Kontrolle zu ergreifen“.

Er warf dem Iran vor, Terrorismus international aktiv als eine politische Waffe einzusetzen. „Dieses Verhalten gefährdet die regionale und internationale Stabilität.“

Die internationale Gemeinschaft müsse „jeden möglichen Schritt unternehmen, um den Iran daran zu hindern, auf der ganzen Welt Zerstörung und Terrorismus zu säen“.

Israel wirft Teheran vor, weiter an der Entwicklung von Atomwaffen zu arbeiten. Der jüdische Staat sieht sich durch den Iran in seiner Existenz bedroht. Unter anderem hatte Irans oberster Führer Ajatollah Ali Chamenei Israel zuletzt als Geschwulst in der Nahost-Region bezeichnet, das mit einem Dschihad (Heiliger Krieg) der Palästinenser entwurzelt und entfernt werden müsse.

Mil-lnr.info: Dringende Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 15. August 2020

Trotz der mit der ukrainischen Seite im GZKK vereinbarten Maßnahmen zur Verstärkung und

Kontrolle der Einhaltung der Bedingungen des Waffenstillstands haben Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte hinterhältig ihre Verpflichtungen verletzt.

Nach Angaben der Vertretung der LVR im GZKK wurde heute um 19:30 Uhr aus Richtung der Positionen des 1. Bataillons der 24. Brigade aus Richtung Luganskoje das **Scharfschützenfeuer auf unsere Positionen im Gebiet von Logwinowo eröffnet. Infolge des Beschusses wurde ein Verteidiger unserer Republik tödlich verletzt.** Wir sprechen den Verwandten und Freunde des getöteten Helden unser Mitgefühl aus.

Die hinterlistigen Handlungen des Gegners bestätigen ein weiteres Mal die Unfähigkeit der ukrainischen Führung, die Einhaltung der erreichten Vereinbarungen durch ihre Kämpfer zu kontrollieren.

Wir rufen die internationalen Beobachter der OSZE-Mission auf, diese Verletzung des Waffenstillstands, die den Tod eines Soldaten unserer Republik nach sich gezogen hat, zu registrieren und die militärisch-politische Führung der Ukraine zur Einhaltung des Bedingungen des Waffenstillstands und zur Bestrafung der Schuldigen zu zwingen.

de.sputniknews.com: „Nur wenn eine Gefahr von außen droht“: OVKS-Sprecher über Hilfe für Weißrussland

Weißrussland kann sich an die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) wenden, falls der Sicherheit des Landes eine Gefahr von außen drohen sollte. Dies teilte der Pressesprecher der Organisation, Wladimir Zajnetdinow, mit.

„Gemäß dem Artikel 4 des Vertrags über kollektive Sicherheit kann Weißrussland die Organisation um Hilfe bitten, falls dem Land eine Gefahr von außen droht“, sagte Zajnetdinow.

Zuvor hatte Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko mitgeteilt, dass er bei dem heutigen Telefongespräch mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin Hilfe für den Bedarfsfall vereinbart hätte. Gleichzeitig verwies Lukaschenko auf die Abkommen zwischen den beiden Ländern innerhalb der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS).

Das Gespräch fand am Samstag auf Initiative von Minsk statt. Lukaschenko informierte Putin über die aktuelle Situation im Land nach der Präsidentschaftswahl. Zudem betonte Lukaschenko, dass er im Moment keine anderen Ziele außer der Aufrechterhaltung eines stabilen und unabhängigen Staates habe. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/0f/327714261_0:39:2612:1453_1000x54180_0_0_acf25b4b276fa19d45d00cebdbac0ff2.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 15. August 2020 wurde ein Feuerangriff von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.
19:30 Uhr Luganskoje – Logwinowo: Schusswaffen.
Infolge eines Scharfschützenbeschusses, wurde ein Soldat der Volksmiliz der LVR tödlich verletzt.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 15. August 3:00 Uhr bis 16. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung festgestellt.

Gestern wurde um 17:50 Uhr im Gebiet von Nabereshnoje der Einsatz einer Drohne der BFU vom Typ „Quadrokopter“ festgestellt. Um 18:10 Uhr stürzte die Drohne im Gebiet von Nabereshnoje ab.

Um 21:40 Uhr wurde in Nowgorodskoje eine Detonation registriert, vermutlich eine Minensperre.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Kundgebung zur Unterstützung Lukaschenkos in Weißrussland geplant

Die weißrussische regierungsnaher Organisation „Belaja Rus“ (zu dt.: „Weiße Rus“) hat via Facebook bekanntgegeben, dass am Sonntag in Minsk eine „Solidaritätskundgebung“ zur Unterstützung von Präsident Alexander Lukaschenko abgehalten wird.

Demnach soll es um 12 Uhr am Unabhängigkeitsplatz in der weißrussischen Hauptstadt eine „überaus friedliche“ Kundgebung geben. Beteiligen würden sich „Kräfte, die den Staatskurs unterstützen“, hieß es.

„Zu der Kundgebung werden sich alle versammeln, für die das Vaterland wichtig ist, die gegen die Spaltung des Landes in zwei feindliche Lager sind. Das ganze konstruktive Weißrussland ist also mit uns! Hör auf, zu schweigen!“, teilte die Organisation auf ihrem Facebook-Account mit.

Lug-info.com: In der LVR sind am 16.08.20 um 9:00 Uhr 631 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

Von diesen wurden 600 Patienten nach zwei negativen Tests als gesund entlassen. In den letzten 24 Stunden gab es einen Todesfall.

Seit Beginn der Pandemie gab es 16 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 15. August wurden in der DVR sechs Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.

Alle neuen Fälle wurden bei Kontaktpersonen zu bereits zuvor Erkrankten entdeckt, darunter ein medizinischer Beschäftigter. Derzeit ist der Zustand der Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlung.

Am 15. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 2090 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

971 Patienten sind derzeit in Behandlung, 1002 als gesund entlassen, es gibt 117 Todesfälle. Zum Stand am 16. August wurden Coronavirusinfektionen bei 109 Personen, die seit dem 25. Juni 2020 aus der Ukraine eingereist sind, entdeckt. Alle infizierten Patienten wurden in

spezialisierte Einrichtungen des Gesundheitswesens der Republik eingewiesen und werden kostenlos behandelt.

de.sputniknews.com: **Wegen Verbrechen gegen Franzosen: Paris besteht auf Freilassungsstopp von Taliban**

Das Außenministerium Frankreichs hat am Samstag an die afghanische Regierung appelliert, keine Taliban-Kämpfer freizulassen, die der Tötung von Franzosen schuldig seien.

Laut dem französischen Außenministerium gibt es unter den 400 in Haft verbliebenen Taliban-Kämpfern Terroristen, die wegen der Tötung von französischen Soldaten und Mitarbeitern humanitärer Hilfswerke verurteilt wurden.

Frankreich sei bereit, zum Friedensprozess in Afghanistan beizutragen, müsse dabei allerdings auch die Interessen der Opfer verteidigen. Paris beharrt darauf, dass die Straftäter zur Rechenschaft gezogen werden müssten, hieß es.

„Wir haben daher die afghanischen Behörden ausdrücklich aufgefordert, nicht mit der Freilassung dieser Terroristen voranzugehen“, so das Außenamt.

Freilassung von Taliban

Der Nationale Sicherheitsrat Afghanistans hatte in dieser Woche berichtet, dass in dem Land mit der Freilassung von 400 in Haft verbliebenen Taliban-Kämpfern begonnen wurde. Die Regierung Afghanistans hatte demnach bereits 80 inhaftierte Taliban freigelassen. Die Freilassung von 400 als besonders gefährlich eingestuften Taliban galt als wichtigste Forderung der militanten Gruppe vor Beginn der Friedensverhandlungen.

Friedensabkommen zwischen USA und Taliban

Mehr als 18 Jahre nach dem US-Einmarsch in Afghanistan hatten die USA und die Taliban Ende Februar in Doha ein Abkommen über Wege zu einem Frieden geschlossen. Die Vereinbarung sieht einen Abzug aller US-amerikanischen und internationalen Truppen bis Ende April kommenden Jahres aus Afghanistan vor.

Im Gegenzug sollen die Taliban Friedensgespräche mit der afghanischen Regierung in Kabul aufnehmen sowie Garantien geben, dass Afghanistan kein sicherer Hafen für Terroristen wird. In das Abkommen wurde die Freilassung von Gefangenen aufgenommen – als Vorbedingung für innerafghanische Friedensgespräche zwischen der Regierung in Kabul und den militant-islamistischen Taliban.

Lug-info.com: **Erklärung des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetschnik**

Die bewaffneten Formationen der Ukraine haben offen den zweiten Punkt der Maßnahmen zur Verstärkung des geltenden Waffenstillstands verletzt, nämlich das Verbot zu Eröffnung des Feuers, einschließlich Scharfschützenfeuer.

Gestern um 19:30 Uhr wurde von Seiten der 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte das Scharfschützenfeuer auf unsere Positionen im Gebiet von Logwinowo eröffnet. Infolge des Beschusses starb ein Verteidiger unserer Republik.

Wir bringen den Verwandten und Freunde es getöteten Helden unser Mitgefühl zum Ausdruck.

Die hinterhältigen Handlungen der ukrainischen bewaffneten Formationen bestätigen die Unfähigkeit der Führung der Ukraine, die Einhaltung der erreichten Vereinbarungen zu kontrollieren.

Alle zuvor festgestellten Verletzungen der am 22. Juli 2020 erreichten Vereinbarungen über Maßnahmen zur Verstärkung des geltenden Waffenstillstands von Seiten des Gegners, die in systematischen Feuerprovokationen und der Ausrüstung von Positionen in der „Grauen Zone“ zum Ausdruck kommen, zeugen von der Überzeugung der Kämpfer der bewaffneten Formationen der Ukraine von ihrer Straflosigkeit und vom vollständigen Verlust der Leitung von Seiten des Kommandos der OOS, was auch die Ursache für den Mord an einem Soldaten der Volksmiliz der Lugansker Volksrepublik ist.

Wir fordern vom Präsidenten der Ukraine W.A. Selenskij, die Aufmerksamkeit auf die Nichterfüllung der von der Ukraine vereinbarten Absprachen zu richten und eine operative Ermittlung und Bestrafung der Schuldigen an dieser Verletzung der Regimes der Feuereinstellung zu gewährleisten. Wir rufen die Garantenstaaten und die OSZE auf, Einfluss auf die ukrainische Führung auszuüben, deren Handlungen den Waffenstillstand gefährden. Wir erwarten eine Mitteilung über die gegenüber den schuldigen Soldaten ergriffenen Maßnahmen.

Das Oberhaupt der Lugansker Volksrepublik Leonid Pasetschnik

wpered.su: **Erklärung des Zentralrats der SKP-KPSS: „Wir sind mit dem Präsidenten und dem arbeitenden Volk von Belarus!“**

Am 9. August 2020 äußerte das belorussische Volk eine überzeugende Unterstützung des Aufbaukurses, dem das Land unter der Führung von Alexandr Lukaschenko folgt. Sein uneingeschränkter Sieg bei den Präsidentschaftswahlen ist eine gesetzmäßige Folge des beständigen sozialökonomischen Wachstums der Republik, der Festigung seiner Positionen in der internationalen Arena.

Im Vergleich zu den ersten Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion, als Oligarchen und ungehobelte Nationalisten den Ton angaben, sind die Einkünfte der Bürger bis heute erheblich gewachsen. Der Energiebereich, der Verkehr, der Maschinenbau, Kultur und Sport entwickeln sich in einem schnellen Tempo. Zielstrebig wird eine moderne IT-Branche entwickelt.

Am 22. Juli 2012 wurde Belarus ein Raumfahrtstaat: vVom Kosmodrom „Baikonur“ wurde zum ersten Mal ein belorussisches Gerät gestartet, das es erlaubte, ein eigenständiges System der Erdbeobachtung zu schaffen.

Die allseitige Stärkung der politischen, sozialökonomischen, wissenschaftlichen und kulturellen Verbindungen zwischen Belarus und den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten geht weiter. Gerade diese Vereinigung von Brudervölkern, als deren Bannerträger in all diesen Jahren Präsident Lukaschenko auftritt, ruft den erbitterten Hasse des „kollektiven Westens“ hervor.

Und nun entfalten sich in einem noch gestern stabilen, freundlichen und offenen Land präzedenzlose Provokationen: es ertönen Explosionen, fliegen Steine auf Verteidiger der Rechtsordnung, Industriebetriebe stehen still. Destruktive Kräfte verschärfen gekonnt die Lage, sie nutzen die sozialen Netzwerke im Internet. Die Sabotagearbeit betreiben speziell ausgebildete Aufwiegler: von offenen Faschisten bis zu unverbesserlichen Kriminellen. Ihre hinterhältigen Vorhaben werden wie üblich durch die Hand einer vertrauensseligen Jugend ausgeführt.

Derartige „Proteste“ sind in den Ländern des postsowjetischen Raums nichts Neues. Es ist offensichtlich, dass ausländische „Puppenspieler“ das Ziel setzten, jetzt auch in Belarus einen Staatsstreich durchzuführen. Es ist klar, dass das Land im Fall ihres Sieges ein blutiges Chaos und ein lawinenartiger Niedergang erwartet.

Wir Kommunisten von 18 kommunistischen Bruderparteien rufen alle die Bürger Belarus‘, die stolz auf unsere gemeinsame heldenhafte sowjetische Geschichte sind, die die sozialistische Wahl teilen, die zur Wiedererrichtung eines einheitlichen Unionsstaates streben, auf, sich in einer schweren Minute um den bewährten nationalen Führer, A.G. Lukaschenko, zu scharen!

Wir sind für Frieden und Ruhe in der Republik, aber gleichzeitig sind wir für eine feste Unterbindung der kriminellen Machenschaften schwarzer Kräfte, die die Situation „aufschaukeln“.

Wir sind mit dem Präsidenten und dem arbeitenden Volk von Belarus!
Der Zentralrat der SKP-KPSS, 14. August 2020

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Trump will Begnadigung von Whistleblower Snowden prüfen – Dessen Anwalt fordert Verfolgungsstopp**

US-Präsident Donald Trump hat sich bei einer Pressekonferenz offen für eine Begnadigung des ehemaligen Mitarbeiters des US-Auslandsgeheimdienstes NSA, Edward Snowden, gezeigt. Aus der Sicht seines russischen Anwalts ist diese Maßnahme jedoch unzureichend. Am Samstag gab der US-Staatschef bekannt, er wolle Snowdens Begnadigung prüfen, der vor sieben Jahren das ausufernde Überwachungssystem US-amerikanischer Geheimdienste enthüllte.

„Ich bin nicht besonders vertraut mit der Angelegenheit von Snowden. Ich werde beginnen, mir das anzusehen.“

Es gebe unterschiedliche Meinungen zu Snowden, so Trump. Eine ähnliche Meinung brachte er bereits in einem jüngsten am Donnerstag veröffentlichten Interview der Zeitung „New York Post“ zum Ausdruck.

„Manche Leute denken, er (Snowden – Anm. d. Red.) sollte irgendwie anders behandelt werden, andere denken, er hat sehr schlimme Dinge getan“, sagte der Präsident am Samstag.

Verfolgungsstopp statt Begnadigung

Anatoli Kutscherena, Snowdens Anwalt in Russland, kommentierte gegenüber der Agentur RIA Novosti Trumps Erklärung. Laut dem Juristen handelt es sich in Snowdens Fall überhaupt um kein Verbrechen. Denn der Whistleblower habe „über schlimmste Verletzungen von Rechten und Freiheiten nicht nur US-amerikanischer Staatsbürger, sondern auch Angehöriger anderer Staaten“ gesprochen.

„Ich denke, es sollte die Rede nicht von einer Begnadigung sein, sondern davon, dass alle möglichen Verfolgungen Snowdens beendet werden.“

Das Statement des US-Präsidenten bezeichnete Kutscherena auf jeden Fall als „gute Nachricht“. Er werde mit seinem Mandanten Trumps Erklärung künftig besprechen.

Fall Snowden

2013 hatte Edward Snowden Dokumente zu Ausspäh-Aktivitäten des US-Abhördienstes NSA und seines britischen Gegenparts GCHQ an Journalisten übergeben. Auf der Flucht über Hongkong wollte er nach eigenen Angaben nach Ecuador, strandete aber am Moskauer Flughafen, nachdem die US-Regierung seinen Reisepass annulliert hatte. Nach tagelangem Aufenthalt in der internationalen Zone des Flughafens bekam Snowden Asyl in Russland, das seitdem mehrmals verlängert wurde.

Im Februar gab Snowden bekannt, dass er seinen Aufenthalt in Russland verlängern wolle.

Anatoli Kutscherena bestätigte im April, dass alle dafür nötigen Dokumente beim russischen Migrationsdienst bereits eingereicht worden seien.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32573/08/325730881_0:230:4737:2788_1000x541_80_0_0_93443b87070baf11eb9607193509e084.jpg

lug-info.com: **Erklärung des bevollmächtigten Vertreters der LVR bei den Minsker Verhandlungen, des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego**

Die Ukraine hat einen weiteren Versuch, eine Stabilisierung an der Abgrenzungslinie im Donbass zu erreichen, in Frage gestellt. Die Zusatzmaßnahmen zur Gewährleistung des Regimes der Feueinstellung, die am 22.07.22 von allen Teilnehmern der Minsker Verhandlungen, darunter auch dem Leiter der Delegation der Ukraine in der Kontaktgruppe unterzeichnet wurden, werden von der ukrainischen Seite grob verletzt.

Um 19:30 Uhr am 15.08.2020 haben die bewaffneten Formationen der Ukraine das Scharfschützenfeuer (verboten durch Punkt b der Zusatzmaßnahmen) auf Positionen der Volksmiliz der LVR im Gebiet von Logwinowo aus Richtung Luganskoje eröffnet. Infolge des Beschusses der BFU starb ein Soldat der Volksmiliz der LVR.

Das ist die zweite ernsthafte Verletzung, die die BFU zugelassen haben. Die erste Verletzung, der Einsatz einer Kampfdrohne (verboten durch Punkt a der Zusatzmaßnahmen) in dessen Folge drei Soldaten der Volksmiliz der LVR verletzt wurden, wurde von den BFU am 31.07.2020 unternommen.

Zu beiden Vorfällen haben wir Maßnahmen ergriffen, die von Punkt „d“ der Zusatzmaßnahmen vorgesehen sind, der Koordinationsmechanismus zur direkten Zusammenarbeit von Vertretern des Kommandos der Volksmiliz der LVR und der ukrainischen Streitkräfte über das GZKK wurde eingesetzt. Aber eine adäquate Reaktion von der Vertretung der ukrainischen Streitkräfte im GZKK ist nicht erfolgt. Eine Ermittlung zum ersten Fall wurde nicht durchgeführt. Im zweiten erwies es sich als nicht möglich, sich über die offiziell über die Kontaktgruppe zur Verfügung gestellte Telefonnummer in Verbindung zu setzen – auf unsere nachdrücklichen Anrufe hat niemand geantwortet.

Die Informationen über die Verletzungen von Soldaten der Volksmiliz der LVR infolge des Einsatzes von Kampfdrohnen durch die BFU wurden unverzüglich veröffentlicht und dem Büro der OSZE-Mission in Lugansk zur Kenntnis gegeben.

Wir rechnen darauf, dass der Tod des Soldaten der Volksmiliz der LVR infolge einer Verletzung des Verbots von Scharfschützenfeuer durch die BFU nicht ohne Aufmerksamkeit bleibt und im Bericht der OSZE-Mission zum Ausdruck kommen wird. Außerdem halten wir es für notwendig, sich an die internationalen Garanten der Minsker Verhandlungen zu wenden, um von der Ukraine eine vollständige Einhaltung der am 22.07.2020 unterzeichneten Zusatzmaßnahmen zur Gewährleistung eines Regimes der Feueinstellung sowie eine Ermittlung zu den genannten Fällen von Verletzungen und die Anwendung von Disziplinarmaßnahmen, wie es von den unterzeichneten Verpflichtungen vorgesehen ist, zu fordern, um Verstöße im Weiteren zu verhindern.

de.sputniknews.com: **New-START: USA erwägen „zwei Schritte“ zum Abschluss des Vertrags**

Die USA prüfen derzeit die Möglichkeit von „zwei Schritten“ zum Abschluss eines neuen Abkommens über strategische Angriffswaffen mit Russland, sagte der US-Sonderbeauftragte für Abrüstungsfragen, Marshall Billingslea, in einem Interview für die japanische Wirtschaftszeitung „Nikkei“.

Da Peking nicht an einer trilateralen Besprechung teilnehmen wolle, könnte Washington zunächst die Entwicklung eines neuen Rahmens für das Zusammenwirken mit Moskau aufnehmen und erst dann auf Verhandlungen aller drei Länder hinarbeiten, so Billingslea.

„In langfristiger Perspektive könnte eine Verstärkung des Arsenalts Chinas in unterschiedlichem Maße die Sicherheit Russlands betreffen. Die Zusammenarbeit Chinas im Abrüstungsbereich entspricht den gemeinsamen Interessen Russlands und der USA“, zitiert die Zeitung Billingslea.

US-Präsident Donald Trump sei der Auffassung, dass eine Verlängerung des START-III-Vertrags „unter Einhaltung der Bedingungen“ möglich sei, erinnerte Billingslea. Er schloss nicht aus, dass Washington über den Dialog mit Russland versuchen werde, einen Einfluss auf China auszuüben.

„Bilaterale Verhandlungen wären eine sehr weise Methode“, fügte Billingslea hinzu.

Der START-III-Vertrag (New-START-Vertrag), der heute einzig gültige Vertrag zwischen Russland und den USA zur Reduzierung und Begrenzung der strategischen Angriffswaffen, läuft am 5. Februar 2021 aus. Der russische Präsident Wladimir Putin hat vorgeschlagen, den Vertrag um fünf Jahre ohne Vorbedingungen zu verlängern. Die US-Administration besteht ihrerseits darauf, China in die diesbezüglichen Verhandlungen einzubeziehen. Peking lehnt diese Idee ab.

Es wird erwartet, dass die Zukunft des START-III-Vertrags eines der Diskussionsthemen bei dem Treffen zwischen Billingslea und dem Stellvertreter des russischen Außenministers Sergej Rjaskow vom 16. bis 18. August in Wien sein wird.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/10/327716043_0:195:3079:1860_1000x541_80_0_0_528878e504ca8a8ada68d4ede150d1d6.jpg

de.sputniknews.com: **Russische Bürger geben Details über ihre Festnahme in Weißrussland bekannt**

Die in Weißrussland festgenommenen russischen Staatsbürger haben bei ihrer Rückkehr nach Russland gegenüber dem Fernsehsender Rossija 24 mitgeteilt, wieso es dazu gekommen ist, dass sie sich nach Weißrussland begeben haben.

Laut einem der in Weißrussland Festgenommenen habe sein Kollege auf eine Anzeige auf Avito (Russischer Onlinemarktplatz) geantwortet. Ein gewisser Sergej Petrowitsch habe sich dort als Kurator vorgestellt und angeboten, bei der Bewachung von Ölobjekten in verschiedenen Ländern zu arbeiten. Zunächst handelte es sich um Libyen und Syrien, der

Kurator habe mit einer syrischen Nummer angerufen. Zuerst habe „Sergej Petrowitsch“ angeboten, zur Bewachung 30 Menschen heranzuziehen, dann sei die Zahl auf 60 und später auf 90 gestiegen. Schließlich sollte man 180 Menschen finden, gab ein Festgenommener an. Die Mitarbeiter sollten Kampferfahrungen haben – vor allem im Donbass und in Syrien. Eine gewisse Larisa Samarina sei für die Logistik von Moskau bis zum Zielpunkt in Syrien verantwortlich gewesen, geht aus der Erzählung der Festgenommenen hervor. Danach aber seien sie informiert worden, dass Sergej Petrowitsch gestorben sei und für sie ein neuer Kurator mit dem Namen Artur bestimmt worden sei. Artur teilte seinerseits mit, dass es nun um die Bewachung von „Rosneft“-Objekten in Venezuela gehe. „Einen Tag vor dem Abflug sagte Samarina, dass sie es nicht schaffe, die Routen Minsk-Istanbul-Havanna-Caracas so anzukoppeln, dass wir uns nicht lange in der Transitzone der Türkei befinden würden. Sie sagte, dass sie neue Tickets für den 30. (Juli – Anm. d. Red.) buchen würde. Wir haben diese erhalten, und sie schlug vor, uns vorläufig ins Sanatorium 'Belorusotschka' zum Ausruhen zu begeben“, berichtete ein Gesprächspartner gegenüber Rossija 24. Den Worten der Russen zufolge hätten sie sich dort angemessen verhalten.

Die Russen erwarteten keine Überraschungen

„Alle schliefen. Plötzlich gab es ein Gepolter, die Türen wurden eingeschlagen, alle Gesichter auf den Boden (gedrückt – Anm. d. Red.), Waffen wurden auf uns gerichtet, Laken auf den Kopf (gehängt – Anm. d. Red.)“, fuhr er fort.

Sie hätten den Eindruck gehabt, dass es sich um einen Irrtum gehandelt habe. „Die Leute haben nicht verstanden, was überhaupt los war, [sie hatten] das Gefühl, das alles sei surreal“, so ein Gesprächspartner.

„Die ersten drei Tage wurden wir hart behandelt: Sie (Weißrussen – Anm. d. Red.) meinten, wir seien Kämpfer und bereiten eine Flucht vor, könnten aufbegehren und die Wache vernichten. Nach drei Tagen wurde ich informiert, dass ich verdächtigt werde, massenhafte Ausschreitungen und bewaffneten Widerstand gegen die Strafverfolgungsbehörden Weißrusslands vorzubereiten“, erzählte ein russischer Bürger.

Die Festgenommenen hätten von der Präsidentschaftswahl in Weißrussland keine Ahnung gehabt. „Für uns war es ein Transitland, das mit Russland befreundet ist, und niemand erwartete Überraschungen von den Geheimdiensten“, erklärten die Russen.

Festnahme russischer Staatsbürger

Ende Juli waren in Weißrussland 33 Russen festgenommen worden, denen die Behörden des Landes vorgeworfen hatten, Ausschreitungen vorbereitet zu haben. Nach Darstellung der weißrussischen Seite sollen die Festgenommenen Kämpfer des privaten russischen Militärunternehmens Wagner gewesen sein.

Ferner hatte die russische Zeitung „Komsomolskaja Prawda“ unter Berufung auf eine Quelle in Russlands Geheimdiensten geschrieben, die Festnahme der 33 Russen in Weißrussland soll eine Provokation der ukrainischen Geheimdienste gewesen sein, um einen Keil in die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu treiben.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 16.08.2020
In den letzten 24 Stunden wurde die **Ausrüstung von Befestigungsanlagen im Verantwortungsbereich der 35. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Nowgorodskoje** bemerkt.

Diese Handlungen der bewaffneten Formationen der Ukraine zur Änderung der Ausgangspositionen der Truppen und zur zusätzlichen technischen Ausrüstung von Positionen verletzen den ersten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands, nämlich das Verbot für Angriffs- sowie Aufklärungs- und Diversionshandlungen.

Unsere Aufklärung bestätigt Fälle der **Stationierung von Waffen und Militärtechnik durch**

Einheiten der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium, was eine Verletzung der getroffenen Maßnahmen ist und das Leben und die Gesundheit friedlicher Einwohner gefährdet, diese Sachverhalte werden auch vom Bericht der OSZE-Mission vom 15.08.2020 bestätigt:

In den letzten 24 Stunden wurde die Stationierung von einem Schützenpanzer in der Nähe von Sajzewo und von zwei Abwehrgeschützen „Osa“ aus dem Bestand der 35.

Marineinfanteriebrigade auf dem Gebiet ein privaten Haus in Kalinowo und von einem gepanzerten Truppentransporter aus dem Bestand der 56. Panzergrenadierbrigade in Konstantinowka festgestellt.

Um die Entdeckung der Technik in den Verantwortungsbereichen der 53. mechanisierten Brigade im Gebiet von Tschermalyk zu verhindern, wird eine **mobile Gruppe** des 305.

Bataillon für elektronische Kriegsführung eingesetzt, **die die Aufgabe hat, mit Stationen R-934B und „Bukowel-AD“ die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission zu blockieren.**

Die fehlende Abstimmung der Handlungen der ukrainischen Einheiten für elektronische Kriegsführung unter Führung der Infanterieeinheiten führte zur Blockade einer Drohne vom Typ „Mavic Pro“ der 53. mechanisierten Brigade, die die Tarnung der Positionen überprüfte, sie stürzte in der Nähe unserer Positionen ab.

Wir stellen weiter **Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten** unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone fest.

So starb gestern wegen einer Thrombose der Offizier eines Kommunikationszentrums des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Hauptmann Je.N. Dshur. Die Leiche des Toten wurde in die Leichenhalle von Wolnowacha gebracht.

Es ist wichtig anzumerken, dass dieser Soldat unter chronischem Alkoholismus litt und ihn der Schlag während des Trinkens von Alkohol in seinem Büro traf.

Aber nach uns vorliegenden Informationen ist der Soldat ein entfernter Verwandter des Kommandeurs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Sokolow, was es ihm erlaubte, bei der Ausübung seiner dienstlichen Verpflichtungen im Stab der operativ-taktischen Gruppierung ständig in betrunkenem Zustand zu sein.

Mehr noch, die verwandtschaftlichen Beziehungen mit dem Kommando halfen dabei, dass in den Ermittlungsakten festgehalten wird, dass der Tod Dshurs angeblich auf den Frontpositionen der 53. mechanisierten Brigade im Gebiet von Troizkoje erfolgt ist.

Nach unseren Informationen werden bezüglich des verstorbenen miesen Hauptmanns Dokumente erstellt, um ihn für eine staatliche Auszeichnung der Ukraine wie für einen bei der Ausführung von Spezialaufgaben Getöteten vorzuschlagen.

Wir stellen weiter ein **Absinken des moralisch-psychischen Niveaus der ukrainischen Kämpfer** in der OOS-Zone fest, was in der Zunahme der Fälle von Diebstahl von militärisch Material zum Ausdruck kommt.

So hat nach unseren Informationen eine am 13. August am Stationierungsort der 35.

Marineinfanteriebrigade zu einer außerplanmäßigen Kontrolle eingetroffene Kommission aus Mitarbeitern der südlichen Territorialabteilung für Innenrevision des Verteidigungsministeriums des Ukraine und Vertretern der militärischen Gegenaufklärung des SBU Fehlbestände bei Akkumulatoren für die Technik des Verbandes festgestellt.

Nach vorläufigen Informationen fehlen in der Brigade derzeit mehr als 60 Prozent der Akkumulatoren. Gemäß den Dokumenten, ist dieses Material als nach der Vernichtung in der Folge von Kampfhandlungen abgeschrieben erfasst, dabei haben die militärischen Gegenaufklärer an einem Abgabepunkt für Altmetall am Rand von Dsershinsk einen Lastwagen der Brigade bei der Entladung der angeblich vernichteten Stromspeicherelemente entdeckt.

Der Leiter des Fahrzeugdienstes der Brigade sowie drei Soldaten, die an der Abgabe des Altmetalls beteiligt waren, werden des Betrugs und des Diebstahl beschuldigt.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte kämpft weiter mit allen Mitteln gegen das Personaldefizit in den Verbänden und Truppenteilen.

Nach Angaben unserer Aufklärung sind inzwischen Anweisungen mit der Unterschrift des Leiters des Generalstabs in den Verbänden und Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte eingegangen, in denen die Kommandeure angewiesen werden, Soldaten, die mehrfach wegen Alkohol- und Drogenkonsums aufgefallen sind oder schwere disziplinarische Verstöße begangen haben, nicht zu entlassen, sondern für sie Dokumente zur Überführung in die 61. Infanteriejägerbrigade, die an der Grenze der Ukraine mit Belarus stationiert ist, zu erstellen. So versucht das Kommando der ukrainischen Streitkräfte „zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen“: die OOS von unzuverlässigen Elementen, die Notfälle bringen, zu säubern und die Ausstattung der 61. Brigade zu erhöhen, die derzeit unter den ukrainischen Soldaten angesichts des völligen Fehlens von Lebensbedingungen und von adäquatem kommandierenden Personal sowie des geringsten Solds aufgrund des Fehlens von Zuschlägen als der schlimmste Dienort in den ukrainischen Streitkräfte angesehen wird.

de.sputniknews.com: **USA und Südkorea planen gemeinsames Manöver – allerdings in reduziertem Umfang**

Die Streitkräfte der USA und Südkoreas planen, im Sommer gemeinsame Militärübungen in einem reduzierten Umfang durchzuführen.

Den Generalstabschefs zufolge wird eine Übung zur Kommandoschulung vom 18. bis zum 28. August dauern.

„Diese Übung wird den Fokus auf die Erhaltung der gemeinsamen Verteidigungsstellung richten“, so die Militärführung.

Es ist bislang noch nicht bekannt, wie viele Militärs daran teilnehmen werden. Die USA haben in Südkorea 28.500 Soldaten zur Eindämmung Nordkoreas stationiert.

Die Übung sieht Computersimulationen vor, die beide Seiten auf potenzielle Kriegsszenarien vorbereiten werden. Laut Informationen wird der Probedurchlauf für die gemeinsame Kommandostruktur nur zum Teil erfolgen. Die Streitkräfte der beiden Seiten gingen dabei davon aus, dass die Befehlsgewalt im Fall von Kriegshandlungen über die gemeinsamen Truppen von den USA auf Südkorea übergeben werde.

Wegen der Spannungen mit Nordkorea wurde die geplante Übergabe früher immer wieder verschoben.

Nach Meldungen der südkoreanischen Nachrichtenagentur Yonhap sollten die Übungen bereits am Sonntag beginnen. Allerdings wurden diese wegen der Corona-Infektion eines Offiziers aus Südkorea zunächst um zwei Tage verschoben.

Außerdem wird diese Aktion im Vergleich zu ähnlichen Manövern in der Vergangenheit angesichts des Coronavirus in einem kleineren Maßstab durchgeführt.

Wegen des Virusausbruchs in Südkorea hatten die beiden Länder auch ihre Frühjahrsmanöver auf unbestimmte Zeit verschoben.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/31534/61/315346133_0:292:3244:2048_1000x54180_0_0_13d6b144685f387e646bebd4c809be28.jpg

deutsch.rt.com: **Tausende Menschen demonstrieren in Minsk für Staatschef Alexander Lukaschenko**

Nach zahlreichen Protesten gegen Wahlbetrug und Polizeigewalt hat am Sonntag in Weißrussland erstmals eine Unterstützungsdemo für den Staatschef Alexander Lukaschenko stattgefunden. Der Präsident sprach vor Tausenden Menschen auf dem Unabhängigkeitsplatz in Minsk.

Am Sonntag hat es in der weißrussischen Hauptstadt Minsk eine Kundgebung zur Unterstützung des amtierenden Präsidenten Alexander Lukaschenko gegeben. Auf dem Unabhängigkeitsplatz versammelten sich Tausende Menschen. Die Aktion begann jedoch gut eine Stunde später als ursprünglich geplant. Die Demonstranten riefen „Für Lukaschenko“. Viele trugen T-Shirts, auf denen „Wir sind uns einig“ stand. Es wurden weißrussische Nationalflaggen geschwenkt. Die Kundgebung dauerte ungefähr anderthalb Stunden. Von der Bühne sprachen einfache Bürger, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Politiker. Weißrusslands Innenminister Juri Karajew warnte seine Landsleute vor der Teilnahme an illegalen Demonstrationen, denn jede nicht genehmigte Aktion könne zu einem Gedränge mit Toten führen. Außerdem sagte der Minister, dass der Kern der Protestler aus dem Ausland finanziert werde. Karajew nannte sogar konkrete Summen: Demnach sollen Männer je 12 US-Dollar und Frauen je 24 US-Dollar für ihre Teilnahme an den Protestkundgebungen bekommen:

„Die Menschen werden einfach ausgenutzt. Man lenkt ihren Verstand und ihr Unterbewusstsein.“

Der Innenminister schloss auf der Kundgebung seinen Rücktritt aus, weil dies das Personal demoralisieren und die Sicherheitslage im Land gefährden werde:

„Wir schützen die Staatlichkeit, all diese Gebäude, darunter das Haus der Regierung, die für den Staat funktionieren, aber auch Polizeireviere vor einer Ergreifung.“

Gleichzeitig kündigte Karajew die Untersuchung aller Fälle von Polizeigewalt und Amtsmissbrauch an.

Auch Staatschef Alexander Lukaschenko wandte sich an die Anwesenden und das Volk. Er bedankte sich bei seinen Unterstützern. Nach eigenen Worten habe Lukaschenko sie erstmals seit 25 Jahren zusammengerufen, damit sie nicht ihn, sondern ihre Heimat verteidigten:

„NATO-Truppen rasseln mit Panzerwagenraupen vor den Türen Weißrusslands. Litauen, Polen und die Ukraine befehlen uns, eine Neuwahl durchzuführen. Wenn wir uns von denen am Gängelband führen lassen, werden wir ins Trudeln geraten. Wir werden als Nation zugrunde gehen!“

Lukaschenko erklärte erneut, dass hinter den Unruhen ausländische Drahtzieher stünden. Es

sei schlicht unmöglich, ein Wahlergebnis von mehr als 80 Prozent der Stimmen zu verfälschen.

Gleichzeitig hatte auch die Opposition ihre Anhänger ebenfalls zu einer Demonstration am Sonntagnachmittag aufgerufen. Um die Stele „Heldenstadt Minsk“ versammelten sich Zehntausende Menschen.

Sie forderten eine neue Präsidentschaftswahl und die Freilassung aller Festgenommenen.

Ähnliche Aktionen fanden auch in anderen weißrussischen Städten statt.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2020.08/article/5f392b8d48fbef7b6e1e5d0f.jpg>

de.sputniknews.com: **Trump möchte sich vor Präsidentschaftswahl mit Putin persönlich treffen – Medien**

US-Präsident Donald Trump möchte vor der Präsidentschaftswahl im November ein persönliches Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin abhalten, wie er zu seinen Beratern sagte. Darüber berichtete der Fernsehsender NBC News am Sonntag unter Verweis auf Quellen.

Wie es hieß, prüft die Trump-Administration mehrere Zeit- und Ortsoptionen für das Gipfeltreffen, darunter auch im September in New York. Ziel des Treffens soll es sein, Fortschritte bei der Ausarbeitung eines Abkommens zur Kontrolle über Nuklearrüstungen zu verkünden.

Eine der Varianten, die die US-Seite erwägt, besteht darin, dass die Staatschefs der beiden Länder einen Abkommensentwurf über weitere Verhandlungen zur Verlängerung des START-III-Vertrages unterzeichnen. Dadurch könnte der US-Präsident im Vorfeld der Wahlen zeigen, dass er imstande sei, Verhandlungen über Abkommen zu führen, hieß es.

Wie NBC News im Weißen Haus erfuhr, werde Trump vor den Wahlen mit internationalen Spitzenpolitikern zusammenkommen. Zu einem möglichen Treffen mit dem russischen Präsidenten wurde nichts Näheres mitgeteilt.

Wie Trump zuvor erklärt hatte, werde er die von Putin unterbreitete Idee der Abhaltung eines Online-Gipfels der Mitglieder des UN-Sicherheitsrates zum Iran kaum unterstützen. Er möchte das lieber in der Zeit nach den Wahlen stattfinden lassen, sagte Trump.

Das Thema der Rüstungskontrolle wird neben anderen Fragen der strategischen Stabilität bei einer neuen Gesprächsrunde zwischen dem russischen stellvertretenden Außenminister Sergej Rjabkow und dem US-Sonderbeauftragten für Rüstungsfragen, Marschall Billingslea, vom 16. bis 18. August in Wien erörtert.

Mil-Inr.info: Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 16. August 2020
In den letzten 24 Stunden wurde **infolge einer Feuerprovokation** der ukrainischen

Straftruppen, durch einen Schuss mit einer Scharfschützenwaffe **ein Verteidiger der Republik auf den Positionen der Volksmiliz der LVR im Gebiet von Logwinowo getötet**. Das Kommando der Volksmiliz spricht den Verwandten und Freunden des getöteten Verteidigers sein Mitgefühl aus und erklärt, dass es alle Maßnahmen ergreifen wird, um die schuldigen ukrainischen Kämpfer zu Verantwortung zu ziehen.

Unter Berücksichtigung der sozialen Spannungen und der Besorgnis des Büros des Präsidenten der Ukraine durch die militärische Provokation von Seiten nationalistisch eingestellter Kämpfer in der Zone der Strafoperation, hat das Kommando der OOS eine Arbeitsgruppe unter Führung des Leiters des Stabs der Besatzungskräfte General Kidon in die 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte geschickt.

Um eine Verbreitung irgendwelcher Informationen über die auszuführenden Maßnahmen bezüglich der militärischen Provokation zu verhindern, hat der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ Mitarbeitern der militärischen Rechtsordnungsdienstes Anweisungen erteilt, gemeinsam mit Vertretern der militärischen Gegenaufklärung des SBU, die persönlichen Mobiltelefone der Soldaten der 24. Brigade einzuziehen. Außerdem führen Mitarbeiter des SBU zur Vermeidung möglicher bewaffneter Provokationen eine Befragung von Soldaten der Brigade durch, nationalistisch eingestellte Soldaten zu entdecken von und den Frontpositionen zu entfernen.

Das Kommando der Volksmiliz erinnert daran, dass die ukrainische Seite gemäß dem vierten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung verpflichtet ist, eine Ermittlung durchzuführen und die Schuldigen für das Verbrechen zur Verantwortung zu ziehen und darüber den Koordinator der dreiseitigen Kontaktgruppe in Kenntnis zu setzen.

Um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von dem Fall von Verletzung des Waffenstillstands abzulenken, hat der Kommandeur der OOS General Krawtschenko operative **Gruppen für informationspsychologische Operationen angewiesen**, unter Heranziehung kontrollierter Massenmedien, die bereits in der 30. Brigade eingetroffen sind, die Arbeit zu **Erstellung von Materialien, die die Volksmiliz der Verletzung des Regimes der Feuereinstellung beschuldigen**, zu verstärken.

Der Brigadekommandeur Garas hat auf Bitten der Propagandisten dem Leiter des technischen Dienstes Anweisungen erteilt, vier Pioniere heranzuziehen, um Detonationen in der Nähe der ukrainischen Positionen zu imitieren.

Außerdem wurden zwei Filmteams der Fernsehsender „ICTV“ und „5. Kanal“ unter Führung des stellvertretenden Leiters des 83. Zentrums für informationspsychologische Operationen Oberstleutnant Lawrus, der derzeit der stellvertretende kommissarische Kommandeur der OOS für strategische Kommunikation ist, in den Verantwortungsbereich der 24. Brigade entsandt. Die Aufgabe der Gruppe ist die Erstellung von Reportagen darüber, dass Soldaten der ukrainischen Streitkräfte nicht an bewaffneten Provokationen beteiligt sind.

In den letzten 24 Stunden hat das Zivilschutzministerium der LVR in Zusammenarbeit mit der Volksmiliz 34 Brände gelöscht.

Außerdem haben Vertreter des staatlichen Unternehmens der LVR „Luganskwoda“ mit Unterstützung von Einheiten der Volksmiliz, Vertretern des GZKK und Beobachtern der OSZE-Mission eine Bohreinrichtung in Seljonaja Roschtscha repariert, außerdem haben Mitarbeiter von Baubetrieben die Arbeiten zur Verlegung von Rohren auf Bauplätzen am Passierpunkt „Lugansk-Stschastje“ und „Perwomajsk-Solotoje“ fortgesetzt.

de.sputniknews.com: **Nato-Truppen an Weißrusslands Grenzen? – Nato-Sprecherin kommentiert**

Die Präsenz der Nato-Truppen in Osteuropa ist defensiver Natur, stellt keine Gefahr für andere Länder dar und hat die Vorbeugung der militärischen Konflikte zum Ziel. Dies geht

aus der Mitteilung der Nato-Sprecherin Oana Lungescu hervor.

„In der Region gibt es keinen Truppenaufmarsch. Die multinationale Präsenz der NATO im östlichen Teil des Bündnisses stellt keine Bedrohung für ein Land dar, ist ausschließlich defensiver Natur, verhältnismäßig und darauf ausgelegt, Konflikte zu verhindern und den Frieden zu bewahren“, heißt es in der Mitteilung von Lungescu.

Die Nato-Sprecherin betonte auch, dass die Organisation die Lage in Weißrussland genau beobachte.

„Die NATO verfolgt die Situation in Weißrussland genau. Der Generalsekretär der Nato sagte, dass die Grundfreiheiten respektiert werden müssen, einschließlich der Meinungsfreiheit und des Rechts auf friedlichen Protest“, sagte Lungescu.

Am Sonntag teilte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko mit, dass die Nato-Truppen vor den Toren Weißrusslands „ihre Spuren hinterlassen“ und dass in der Nähe der westlichen Grenzen des Landes militärische Macht aufgebaut werde. Zuvor hatte er sich besorgt über den Aufbau der bewaffneten Komponente in Polen und Litauen geäußert, wo Nato-Militärübungen stattgefunden hatten. ...

deutsch.rt.com: „Schulter an Schulter mit USA“ – USA entsendet weitere 1.000 Soldaten nach Polen

Seine Reise durch Mittelosteuropa schloss US-Außenminister Mike Pompeo in Polen ab. Zusammen mit dem Präsidenten Polens hat er ein Dokument über die Aufstockung der US-Truppen unterzeichnet. Sie zeigen auch ein großes Interesse am östlichen Nachbarn Weißrussland.

Die USA und Polen verstärken ihre militärische Zusammenarbeit. US-Außenminister Mike Pompeo besiegelte mit seiner Unterschrift in Warschau die Erweiterung des US-Truppenkontingents in dem NATO-Land. Die Visite markierte den Schlusspunkt seiner Europareise.

Zum Abschluss seiner Reise durch Mitteleuropa hat US-Außenminister Mike Pompeo mit der Unterzeichnung eines Vertrags den Weg für die Entsendung von 1.000 zusätzlichen US-Soldaten nach Polen freigemacht. Pompeo unterschrieb die Vereinbarung am Samstag gemeinsam mit Polens Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak.

Der US-Außenminister hatte seine Mitteleuropa-Tour am Dienstag in Prag begonnen, weitere Stationen waren Slowenien, Österreich und zuletzt Polen. Deutschland besuchte Pompeo nicht.

Bei der Unterzeichnung des Militärabkommens in Warschau sagte Polens Präsident Andrzej Duda, als Ergebnis werde es in seinem Land künftig nicht nur mehr Soldaten und mehr Infrastruktur der US-Armee geben. Es werde auch die Garantie verstärkt, dass unsere Soldaten im Fall jeder Gefahr – ob das nun eine Bedrohung für Polen oder für die USA ist – Schulter an Schulter stehen werden, so Duda. Pompeo sagte, der Vertrag öffne den Weg zu einer größeren Rotationspräsenz von US-Truppen. Dies sei für die USA und deren Verbündeten strategisch wichtig.

Der Vertrag sieht auch die Verlegung eines Teils des Hauptquartiers des V. Korps der US-Armee aus Fort Knox im US-Bundesstaat Kentucky nach Polen vor. Jeweils 200 Angehörige sollen im Rotationsprinzip einen Vorposten in dem Land besetzen. Nach Angaben des polnischen Verteidigungsministeriums wird dieser Vorposten bereits im Oktober in Poznan (Polen) eingerichtet.

Derzeit sind gut 4.500 US-Soldaten in Polen stationiert. Eine ständige Militärbasis gibt es aber nicht. Die nationalkonservative PiS-Regierung in Warschau möchte seit langem mehr US-Truppen in ihrem Land haben. Diese wird traditionell mit der "Abschreckung gegenüber Russland" begründet. Die USA wollen etwa 12.000 der 36.000 Soldaten aus Deutschland abziehen. Mehr als die Hälfte sollen zumindest vorläufig in die USA zurückkehren, 5.600 innerhalb Europas verlegt werden.

Großes Interesse an Weißrussland

Beim anschließenden Treffen Pompeos mit Polens Außenminister Jacek Czaputowicz stand die Situation in Weißrussland im Vordergrund. Im östlichen Nachbar Polens demonstrieren die Bürger seit Tagen gegen das Ergebnis der Präsidentenwahl; die Polizei ging brutal gegen Demonstranten vor. Pompeo sagte, die Nachricht von der Freilassung einiger inhaftierter Demonstranten sei zwar erfreulich, aber nicht ausreichend.

Die USA berieten sich mit ihren europäischen Partnern über die Situation dort. Es sei das gemeinsame Ziel, den Menschen in Belarus dabei zu helfen, ein freies und demokratisches Land aufzubauen.

„Wir appellieren an die Führung in Minsk, die grundlegenden Menschenrechte zu respektieren und den Dialog mit der Gesellschaft aufzunehmen“, sagte Czaputowicz. Seit langem baut Polen seinen Einfluss in Weißrussland aus. Proteste werden durch den polnischen staatlichen TV-Sender Belsat sowie zahlreichen aus Polen gesteuerten Telegram-Kanälen mit mitunter millionenfacher Reichweite angefeuert. Außerdem bildet Polen über zahlreiche NGOs junge weißrussische Führungskräfte aus. Vor wenigen Wochen gründeten Polen, Litauen und die Ukraine das sogenannte „Lubliner Dreieck“ unter Federführung Polens – ein Format für den „diplomatischen Austausch“. Als historisches Vorbild fungiert dabei der spätmittelalterliche Polnisch-Litauische Unionstaat, der auch das Territorium der heutigen Republik Belarus umfasste.

Rusvesna.su: Die ukrainischen Nazis bieten belarussischen Oppositionellen Hilfe an

Der Vorsitzende der Partei des Nationalen Korps, Andreji Biletzki, bietet den belarussischen Demonstranten Hilfe an.

„2014 sind Sie uns zu Hilfe gekommen. Erst zum Maidan, dann nach Osten. Der erste, der während der Revolution der Würde starb, war ein Weißrussie aus Gomel Michail Schisnewskij, ein Nationalist, posthum Held der Ukraine.

Dutzende mutiger Männer aus Weißrussland haben mit mir den Krieg durchgemacht. Viele haben bereits Wurzeln in der Ukraine geschlagen - sie konnten nicht in ihre Heimat zurückkehren, wo der sowjetische Tyrann der Kolchosen das Geschehen bestimmt. Einige unserer Weißrussen kehrten zurück und wurden von Lukaschenkos Sonderdiensten verhaftet. Sie wurden in Gefängnisse gesteckt. Deshalb sind wir Ukrainer Ihnen zu Dank verpflichtet“, sprach er die Bürger von Belarus an.

Jetzt „wird ein neues Weißrussland geboren“, ohne eine „Diktatur“ und „einen Herrscher, der verrückt nach Allmacht ist“, sagte Bilezkij.

„Ich persönlich und unsere gesamte Bewegung drücken ihre Unterstützung für die neue Generation von Weißrussen aus, die auf den Straßen der aufständischen Städte gestählt werden. [...]

Ich weiß nicht, was der ukrainische Staat Ihnen bieten kann, aber ich weiß, was ich und unsere Bewegung persönlich anbieten können. Wir werden in der Lage sein, im Rahmen unserer Möglichkeiten Sicherheit zu bieten - Unterkunft und Rechtshilfe für belarussische Patrioten, die zu Hause in Gefahr sind“, fügte er hinzu. ...



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/nackorpus_0.jpg

abends:

rusvesna.su: Die belarussischen Sicherheitskräfte haben Kriminelle festgenommen, die in der Nähe eines Kaufhauses eine Bombe gezündet haben

Das belarussische Innenministerium berichtete, dass am 15. August in Minsk zwei Männer und eine Frau festgenommen wurden, die in der Nähe des Kaufhauses ‚Belarus‘ einen improvisierten Sprengsatz zur Detonation brachten.

„Gestern in Minsk gegen 17:00 Uhr ging in der Linie 102 eine Nachricht von Bürgern ein: In der Nähe des Kaufhauses ‚Belarus‘ zündeten unbekannte Personen ein improvisiertes Sprengmittel. Die ersten, die am Tatort ankamen, war eine Einheit der des betrieblichen Sicherheitsdienstes.

Eine Augenzeugin sagte, sie habe eine Gruppe von zwei Männern und einer Frau gesehen, die in die angrenzenden Höfe geflohen seien. Sie stieg in das Auto von Polizeibeamten, die begannen, das angrenzende Gebiet zu durchsuchen, um zu helfen.

Bald bemerkte sie in einem der Innenhöfe zwei Männer, die sie als Verdächtige identifizierte. Einer von ihnen, geboren 1968, widersetzte sich aktiv dem Polizisten aus dem Fahrzeug. Er schlug ihn mehrmals auf den Kopf, warf ihn zu Boden und versuchte, seine Augen auszustechen.

In der Nähe wurde auch die Frau entdeckt, die zu den Verdächtigen gehörte. Bei ihrer Festnahme halfen Jugendliche, die gerade vorbeikamen.

Der verletzte Polizist wurde ins Krankenhaus eingeliefert. In naher Zukunft werden die Ermittler eine rechtliche Bewertung dieser Tatsache abgeben. Wir sind den Menschen dankbar, die Strafverfolgungsbeamte unterstützt haben“, heißt es in der Nachricht.